

Eltern und Schüler protestieren gegen Reformpläne

Schul-Staatssekretär Meyer-Heesemann stellte am Montag Elternvertretern und Schülern das neue Schulgesetz vor. Anschließend gab es reichlich Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung. Vor allem die Kurt-Tucholsky-Schule fürchtet um ihre Zukunft.

Flensburg/roh – Lehrer und Elternvertreter der Kurt-Tucholsky-Schule (KTS) waren empört: Warum sollte ihre gut funktionierende Gesamtschule durch das neue Schulgesetz aufgelöst werden? Auf diese Frage gab es gestern im Audimax der Hochschule keine Antwort, die die Betroffenen überzeugte. Staatssekretär Wolfgang Meyer-Heesemann bemühte sich redlich, die aufgebracht gemüter zu beruhigen. Seine Ministerin, Ute Erdsiek-Rave, war kurzfristig verhindert.

Regionalschulen, Gemeinschaftsschulen, Zentralabitur, verkürzte Schulzeit, weniger Sitzenbleiber, die Profiloberstufe – um diese Themen ging es bei der Informationsveranstaltung. Warum sind Änderungen im Schulsystem überhaupt nötig? „In keinem anderen Land Europas gelingt die Förderung von Kindern mit Migrantenhintergrund so schlecht wie in Deutschland“, begründete Meyer-Heesemann die Absicht der Landesregierung. Außerdem wies der dienstälteste

Bildungsstaatssekretär auf die älter werdende Bevölkerung und die schlechten Ergebnisse Deutschlands bei internationalen Studien wie Pisa hin. Aus all diesen Gründen müsse sich das deutsche Bildungssystem weiter entwickeln, so Meyer-Heesemann weiter.

Der Sprecher des Ministeriums wurde bei seinen Antworten immer wieder von empörten Zwischenrufen aus dem Publikum überläutet. Die Stimmung im Flensburger Audimax war aufgewühlt: Schüler störten die Veranstaltung mit dem Ausruf „Bildung für alle und zwar umsonst“ und protestierten mit Sprüchen wie „Profiloberstufe heißt: Taube noch blind zu machen“.

Lehrer und Schulleiter beklagten teilweise lautstark die fehlenden konkre-

ten Umsetzungsvorschläge bei der Einführung des neuen Schulsystems. Vertreter der Elternschaft fragten, warum es nicht bei der altbewährten Dreigliederung bleiben könne und wie genau die Einschulung ihrer Kinder in den nächsten Jahren vonstatten gehen solle. Und eine Bachelor-Masterstudentin der Uni Flensburg wollte wissen, wie sie überhaupt in diesem neuen Modell erfolgreich arbeiten solle.

Der 53-jährige Rudolf Vossen, Verwaltungsrat der Berufsschule Schleswig und Elternbeirat, bezeichnete das neue Gesetz leidenschaftlich als „Rückschritt“. „Die Schulen werden stückweise in die Privatisierung entlassen, die Spaltung zwischen Arm und Reich wird zunehmen, und es wird eine

Entwicklung vom Pädagogischen zum Ökonomischen geben“, bemängelte Vossen aufgebracht das Gesetz.

Mit Äußerungen wie „nur der Bildungsetat hat einen Zuwachs“ versuchte Meyer-Heesemann das aufgebrachte Publikum zu beschwichtigen. Doch bei abstrakten

Erklärungen wie „bessere individuelle Förderung der Schüler“ blieb nicht nur die Frage der konkreten Umsetzung offen.

Weitere Informationen unter www.mbf.schleswig-holstein.de oder www.lernnetz-sh.de

■ Das neue Schulgesetz 2007

Das Kabinett hat den Entwurf der Landesregierung verabschiedet, die parlamentarische Beratung hat begonnen. Im Februar 2007 soll das Gesetz in Kraft treten. Kernpunkt der Gesetzesvorlage ist der mittelfristige Umbau des schleswig-holsteinischen Schulsystems. Statt der bestehenden Haupt- und Realschulen soll es ab dem Schuljahr 2010/11 nur noch die Regionalschule geben: Sie fasst die Bildungsgänge zum Haupt- und Realschulabschluss zusammen. Daneben wird es auf Antrag der Schulträger die Gemeinschaftsschule geben, die alle Bildungsgänge samt Gymnasium zusammenfasst. Bestehende Gesamtschulen sollen bis zum Jahr 2010/11 zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickelt werden. Für die Vorbereitung der Schulen auf die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen wird die Landesregierung zusätzliche Fortbildungsmittel bereit stellen.